

Dr. Peter Kurz

Sozialer Zusammenhalt in deutschen Großstädten

Rede auf dem vhw-Verbandstag am 7. Oktober 2010



Der große Zuspruch zum Verbandstag zeigt die hohe Aktualität, die die Themen des vhw „Integrierte Stadtentwicklung“ und „Lokale Demokratie“ haben. Zentrale Ansätze für die Beförderung einer integrierten Stadtentwicklung sind zum einen eine stärkere Stadtteilorientierung kommunaler Verwaltung und Planung, eine Festlegung übergreifender strategischer Ziele und entsprechender strategischer Steuerung sowie eine Ausweitung bürgerschaftlicher Beteiligung.

Keine Frage ist derzeit so virulent wie die Herausforderungen für lokale Demokratie. Insbesondere die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, dass eine tiefe Verunsicherung und die Erfahrung schneller und damit intransparenter Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene dazu führen, dass die Erwartung und der Anspruch, bei der Gestaltung des eigenen, erlebten Umfelds Einfluss nehmen zu können, erheblich steigen.

Kommt es zu Entscheidungen, bei denen sich Bürgerinnen und Bürger negativ vor Ort berührt sehen, werden wir heute nicht nur mit einer weitaus höheren Protestbereitschaft konfrontiert. Sie verbindet sich zudem immer häufiger mit einer grundlegenden Infragestellung der Verfahren und Entscheidungsprozesse. Weitergehend wird sogar noch nicht nur die Legitimationswirkung der konkreten Verfahren, sondern sogar überhaupt der Grundsatz der „Legitimation durch Verfahren“ in Frage gestellt. Ein den eigenen Überzeugungen zuwiderlaufendes Ergebnis wird zunehmend als „illegitim“ und „undemokratisch“ gesehen.

Desintegrationstendenzen

Die Vertrauenskrise gegenüber Politik und Verwaltung verbindet sich so mit der Infragestellung aller bislang angebotenen Verfahren, so dass von einer sinkenden Akzeptanz der Demokratie insgesamt gesprochen werden kann. Parallel und in engem Zusammenhang damit steht eine abnehmende Akzeptanz bzw. Bereitschaft für persönliche Beiträge zum Erhalt sozialen Zusammenhalts. Wenn wir uns dieses Phänomen betrachten, dann stellt sich die Frage, ob wir nicht im Gegensatz zum derzeit noch herrschenden Diskurs mehr „Desintegrati-

onstendenzen“ im Kern der Gesellschaft haben als an ihren Rändern. Weniger in der Wissenschaft, jedoch in Politik und Verwaltung dominiert für das Konzept der Integration das Bild, dass Ränder in einen funktionierenden Kern eingebunden werden müssten. Dieses Bild führt uns jedoch in die Irre. Tatsächlich handelt es sich bei Integration um einen wechselseitigen Prozess und eine Anforderung, eine gesellschaftliche Anpassungsleistung an durchgreifende Wandlungsprozesse vorzunehmen. Die Integrationsleistung wird damit von allen verlangt. Dies ist auch spürbar. Die Sichtweise, dass ein Teil Integration zu erbringen habe, während der andere Teil von Anforderungen unberührt bleibe, hat Konsequenzen. Weite Teile der Gesellschaft geraten so aus dem Blick, dass auch um ihre Bindung an die Gesellschaft gerungen werden muss.

Generell muss Integration vielmehr als geistiger, emotionaler und kultureller Prozess gesehen werden. Die materiellen Bedingungen für Teilhabe sind notwendig, aber nicht hinreichend. Die Fixierung darauf ist zum Teil hinderlich. Auch können materielle Benachteiligungen durch Zugang zu „kulturellen Werten“ kompensiert werden. Die wichtigsten Teile einer Integrationspolitik sind daher:

- Eine Politik der Anerkennung und Wertschätzung. Dies beinhaltet zum einen eine Stärkung der politischen Teilhabe. Diese kann in besonderer Weise und muss in besonderer Weise vor Ort gelebt werden. Zum anderen geht es um eine Identitätspolitik, die möglichst alle erfasst. Mit Identitätspolitik ist eine Selbstbeschreibung zu verstehen, die als Stadt, Region oder Nation bewusst gestaltet wird.
- Ein Zugang zu Bildung und damit zu kulturellen und indirekt zu materiellen Gütern.



Abb. 1: Verbandstag 2010 in Berlin

Abstiegsängste und Pessimismus im Kern der Gesellschaft

Wenn nun zu beobachten ist, dass die Verunsicherungen in den Kernmilieus teilweise höher sind als in den überwiegend von Integrationspolitik orientierten Bereichen der Gesellschaft, dann ist insbesondere auch eine Politik der Anerkennung und Wertschätzung auf diesen Kern mit zu richten. Die Wahrnehmung dort, dass sie in Rhetorik und politischer Praxis keine Rolle mehr spielen, erodiert die Zustimmung sowohl zu Programmen des sozialen Zusammenhalts wie zum demokratisch-repräsentativen System. Es herrscht das Gefühl vor, dass sich immer nur um „die Anderen“ gekümmert wird. Es wird somit kein Ausgleich dafür geschaffen, dass sich insbesondere die Milieus der „Mitte“ von der Dominanz des Wettbewerbsgedankens und den Globalisierungs- und Beschleunigungsprozessen bedroht fühlen. Die Rhetorik der Integration verunsichert weiter, weil die Stärkung der „Vitalität“ der schwächeren Milieus im Verhältnis zu denen der gesellschaftlichen Mitte bzw. des gesellschaftlichen Kerns zunimmt. Je mehr Integrationsbemühungen und Erfolge sichtbar werden, desto mehr steigt Zutrauen und Optimismus, während in Kernmilieus Abstiegsängste und Pessimismus zunehmen.

Indizien für diese Vermutung sind beispielsweise neuere Umfragewerte, wonach ein wachsender Teil der Bevölkerung die Einschätzung hat, dass für Integration genug getan würde. Signifikant ist auch, dass im bürgerlichen Mainstream unter allen Milieus der Wunsch am höchsten ist, an der Gestaltung des eigenen Lebensumfelds teilzunehmen und gleichzeitig mit dem niedrigsten Wert ein ausreichender eigener Einfluss festgestellt wird. Mit anderen Worten: In keinem anderen Milieu ist der Wunsch, gehört zu werden, größer und die Wahrnehmung größer, nicht ausreichend einbezogen zu sein. Hat die Bindung an das politische System überwiegend durch Vertrauen stattgefunden, führt der Vertrauensverlust auch zur Infragestellung ganz grundlegender Regelungen. „Wir sind das Volk!“ ist somit nicht nur der Ruf einer politisch bewussteren und engagementbereiten Bürgerschaft, es ist zugleich auch der Ruf von Enttäuschten und Entpolitisierten, also Menschen, die sich nicht als Teil des Politischen sehen, sondern vom „politischen System“ Antworten erwarten. Die jahrzehntelange

Übung, Politik und Verwaltung als Dienstleistungsbetrieb darzustellen, wird so mit ihren Ergebnissen konfrontiert.

Die Antworten auf diese Herausforderungen liegen wie in der bisherigen, auf gedachte „Ränder“ konzentrierten Integrationspolitik in der Stärkung von Identität und Anerkennung und in einem konsequenten Ausbau von bestätigenden und angemessenen Beteiligungsformen. Beides stellt insbesondere die Kommunen vor erhebliche Herausforderungen. Denn nur sie können dies letztlich leisten, national kann ein entsprechendes überzeugendes Angebot kaum gemacht werden. Ohne die Addition lokaler überzeugender Politikansätze gelingt es bundesweit nicht, für Zusammenhalt und System-Akzeptanz zu sorgen.

Dr. Peter Kurz

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und Verbandsratsvorsitzender des vhw e.V.

Fordern Sie das vhw-Verlagsprogramm an

vhw-Verlags GmbH

Hinter Hoben 149, 53129 Bonn

Telefon: 0228/72599-30

Telefax: 0228/72599-19

E-Mail: verlag@vhw.de

